



Fachschaftsrat Gender und Queer Studies

c/o LesBISchwulTranSM-Polymorph-perverses Referat des AStA der Uni Hamburg

Von-Melle-Park 5 - 20146 Hamburg

Tel. 040/45020437 - email: fsr-genderstudies@web.de

An

- Gemeinsame Kommission für Frauenstudien, Frauen- und Geschlechterforschung, Gender und Queer Studies
- Master-Ausschuss Gender und Arbeit
- Herrn Hoßmann, Behörde für Wissenschaft und Forschung, Freie und Hansestadt Hamburg (BWF)
- Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung, Geschäftsstelle der Gemeinsamen Kommission
- 4. Arbeitstagung "Frauen- und Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum"
- Dr. Andrea Löther, Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung Bonn
- Prof. Gabriele Löscher, Gleichstellungsbeauftragte der Universität Hamburg
- alle Lehrenden der Hamburger Hochschulen
- den Akademischen Senat
- Hochschulrat der Universität Hamburg
- Weitere Einzelpersonen

Betreff: Offener Brief zur Rettung der Gender und Queer Studies in Hamburg

Hamburg, den 1.11.2006

Sehr geehrte ProfessorInnen,
Verantwortliche in den Hamburger Hochschulen,
liebe Studierende,

die Vollversammlung der Studierenden hatte sich an einige von Ihnen bereits in einem Offenen Brief vom 9.5.2006 gewandt und ist in diesem sehr ausführlich auf die Situation der beiden Gender-Studiengänge an der Universität Hamburg eingegangen. Wir bedanken uns für die Unterstützung, die wir seitdem erhalten haben. Leider hat sich aber seitdem keine Besserung eingestellt, im Gegenteil.

Die Koordinatorinnenstelle für beide Studiengänge (Nebenfach und Master) ist inzwischen entfallen, und die Aufgaben können nicht in vollem Umfang von anderen Personen übernommen werden, was allerdings von Seiten der Verantwortlichen einfach ignoriert wird. Hinzu kommt, dass die halbe Stelle einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin, die als Ersatz für die Professur für Queer Theory eingerichtet wurde, vom Präsidium der Universität zwar verschiedentlich versprochen wurde, bis heute aber noch nicht geklärt wurde, wer für die Finanzierung der Stelle nach Ablauf der Sondermittel Ende 2006 aufkommen muss. Die Professur war als Kernstück des Nebenfaches geplant und die Stelle ist notwendig, um Lehrveranstaltungen im Kernbereich des

Nebenfaches wie Grundkurse und Seminare im Bereich der Queer Theory weiter anbieten zu können und damit den Teilstudiengang aufrecht zu erhalten. Da es hier um Lehrveranstaltungen geht, die speziell auf das Nebenfach zugeschnitten sind, können hierfür nicht irgendwelche Veranstaltungen der Universität verwendet werden. Die Verantwortung für die Finanzierung schieben sich Universitätsleitung und der Dekan der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Wolfgang Weber gegenseitig zu. Der Fachschaftsrat Gender und Queer Studies fordert beide auf, dieses unwürdige Schauspiel zu beenden und die Finanzierung endlich sicherzustellen. Es studieren schon jetzt Studierende das Bachelor-Nebenfach Gender und Queer Studies, ohne dass trotz vorliegendem Konzept bisher eine Studienordnung verabschiedet werden konnte, da für die Verabschiedung dieser die Weiterführung der Stelle notwendig ist. Der ehemalige Unipräsident Lühje hat uns gegenüber zwar zugesichert, dass er garantieren würde, dass diese Stelle weiter bestünde, leider wurden diese Versprechen aber nicht eingelöst.

Inzwischen wurde vom Gemeinsamen Ausschuss Gender und Queer Studies ein Zulassungsstopp für das Nebenfach beantragt, aber ein Beschluss darüber von Seiten der zuständigen Universitätsgremien steht noch aus. Der Gemeinsame Ausschuss hat diesen Antrag aufgrund der immer noch unklaren Stellensituation fassen müssen. Ein Zulassungsstopp würde aber hinfällig, wenn die Stellensituation endlich von Präsidium und Dekanat der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften geklärt würde.

Der Masterstudiengang Gender und Arbeit, über den seit 5.5.2006 ein Zulassungsstopp verhängt ist, könnte ebenfalls gerettet werden, wenn vorhandene Kapazitäten in anderen Fakultäten genutzt, die derzeitige Studienordnung verändert und die derzeitigen Verantwortlichen, insbesondere die Vorsitzende des Masterausschusses, Daniela Rastetter, ihren Verpflichtungen nachkommen würden und sich für den Erhalt des Studienganges einsetzen würden.

Es wurden Investitionen im Millionenbereich getätigt, um diese Studiengänge aufzubauen. Es ist uns unerklärlich, wie die Universitätsleitung Gelder für neue „Jobcenter“ aufbringen kann und gleichzeitig die Finanzierung der oben genannten halben Stelle für das Nebenfach immer noch nicht geklärt werden konnte.

Zu guter Letzt: Gender und Queer Studies stellen und stellen des Öfteren gängige wissenschaftliche Praxis infrage und untersuchen Benachteiligungen, Ausschlussmechanismen und Herrschaftsverhältnisse (nicht nur) entlang der Kategorie „Geschlecht“. Das Desinteresse und die (bewusste?) Inaktivität, die wir derzeit bezüglich dem Fortbestehen beider Studiengänge an der Universität Hamburg beobachten können, verleiten uns zu dem Schluss, dass diese auch politisch ungewollt sind. In Zeiten von Privatisierung und Individualisierung gesellschaftlicher Probleme würde eine Deinstitutionalisierung des Faches Gender Studies einen schweren Verlust (nicht nur) für die Universität Hamburg und deren Studierende bedeuten.

Wir hoffen, dass dieser Brief den Ernst der Lage aufgezeigt hat und die zuständigen Stellen, namentlich die Universitätsleitung und das Dekanat Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, bewegt, nun endlich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Mit freundlichen Grüßen

Vollversammlung Gender und Queer Studies